

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abstellungen werden die Postzeitung und die Anzeiger für das Erzgebirge abgegeben. — Preis 10 Pfennig. — Sonntagsausgabe Nr. 45.

Abstellungen werden die Postzeitung und die Anzeiger für das Erzgebirge abgegeben. — Preis 10 Pfennig. — Sonntagsausgabe Nr. 45.

Entgeltlich die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1448

Nr. 171

Sonnabend, den 25. Juli 1925

20. Jahrgang

### Fortsetzung der außenpolitischen Aussprache.

Die Lutherrede. — Verlauf der Debatte. — Die Note vom 16. Juli gebilligt.

Am Freitag ist gestern die außenpolitische Debatte zu Ende geführt worden. Sie schloß mit der Annahme eines von den Regierungsparteien eingebrachten Antrages, in dem die Billigung der deutschen Antwortnote vom 16. Juli und gleichzeitig der Übergang zur Tagesordnung über alle anderen Anträge, welche die Regierungspolitik betreffen, ausgesprochen wird. Für den Antrag haben mit den Regierungsparteien auch die Demokraten gestimmt, gegen den Antrag die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Das ablehnende Votum der Sozialdemokraten begründete Abg. Dr. Landsberg in einer kurzen Erklärung.

Der Übergang zur Tagesordnung war in dem Antrag der Regierungsparteien deshalb gefordert worden, weil die Bülthgen, um ihrem gegen den Reichsaussenminister gerichteten Misstrauensvotum die Priorität bei der Abstimmung zu sichern, den Übergang zur Tagesordnung über alle anderen Anträge verlangt hätten. Mit der gleichen Formel wurde von den Regierungsparteien dieser Versuch unternommen, wenn er gelungen wäre, den radikalen Flügel der Deutschnationalen in eine nicht geringe Verlegenheit gebracht hätte. Vor der Abstimmung, unmittelbar nach dem letzten Fraktionsredner der Deutschnationalen, Grafen Reventlow, hatte der Reichszugler Dr. Luthier in die Debatte eingegriffen.

#### Rede des Reichszuglers.

Der Reichszugler Dr. Luthier führte aus: Es ist mir nicht bekannt, wie der formale parlamentarische Abschluß dieser Erörterungen sein wird. Ich kann mich nur auf die tatsächlichen Ausführungen der Fraktionsredner stützen, und daraus ergibt sich für die Regierung die Feststellung, daß eine große Mehrheit des Reichstages sich im Endergebnis im Einverständnis mit der deutschen Antwortnote an die französische Regierung befindet. Die Reichsregierung zieht daraus den Schluß, daß sie mit ihrer Stellungnahme den politischen Willen der großen

#### Meinung des deutschen Volkes

zum Ausdruck gebracht hat. Da die weiteren entscheidenden Schritte im Geiste der Note geschehen sollen, wird ihnen dadurch ein großes Gewicht gegeben. Die Anregungen, die in der Debatte von den Fraktionsrednern gegeben worden sind, werden für die künftige Behandlung der Frage von Bedeutung sein.

Über die Taktik kann die Regierung heute nichts sagen. Ihre tatsächlichen Schritte müssen sich den gegebenen Ereignissen anpassen. Aber alle Maßnahmen werden auf die Erreichung des Gesamtziels gerichtet sein. Die Regierung will durch eine zielbewusste Weiterentwicklung des Sicherheitspaktgedankens die Grundlagen für einen dauernden europäischen Frieden schaffen. Die Regierung ist einmütig in diesem Ziele und wird es mit aller Kraft verfolgen. Sie wird sich aber bei allen weiteren Schritten vor Augen halten, daß die gleichen Grundgedanken auch Deutschland gegenüber angewendet werden müssen. (Beifall im ganzen Hause.) Nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und der Gleichberechtigung kann ein solcher Pakt abgeschlossen werden. (Einstimmige Zustimmung.)

In diesem Zusammenhange will ich noch einmal aussprechen, daß das September-Memorandum der deutschen Regierung über den Beitritt zum Völkerbund getragen ist von dem Verlangen der Reichsregierung, eine wirkliche Gleichberechtigung Deutschlands innerhalb des Völkerbundes durchzusetzen. Eine wirkliche Gleichberechtigung ist nicht gleichbedeutend mit einer formalen Gleichberechtigung. Formales Recht kann in Wahrheit Unrecht sein. Wirkliche Gleichberechtigung fordert die Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse. Hinsichtlich des Artikels 16 des Völkerbundes hat Deutschland, wie mir scheint, ein natürliches Unrecht auf Sondergebühren.

Durch die Entlassung ist Deutschland im wahren Sinne wehrlos. Der Versailler Vertrag hat die allgemeine Abrüstung proklamiert, aber sie ist in Wahrheit ein toter Buchstabe geblieben. Deutschland verlangt eine zumindestens zeitliche Gewährleistung, daß es nicht zum Kampfgebiet oder Operationsbasis werde für Aktionen, die, aus dem Wahrungswettbewerb erwachend, gegen das Völkerbündnis oder innerhalb desselben erfolgen.

Das neue Investigationsstatut des Völkerbundes für Kontrolle der deutschen Abrüstung ist nicht akzeptabel und erregt Bedenken. Die Durchführung des Statuts auf das deutsche Gebiet muß gestoppt werden. Es ist nachdrücklich für die Reichsregierung, unseren unter dem Befehlungszeichen stehenden Militärgenossen zu Hilfe

zu kommen. Die deutsche Regierung wird zur Erlangung eines endgültigen Friedens alles tun, was in ihrer Kraft liegt. (Beifall im ganzen Hause.)

#### Die Debatte.

Abg. Dr. Haas (Dem.) stellt fest, daß unter dem Druck der Verhältnisse sich für die Außenpolitik eine breite Einheitsfront zusammengefunden habe, die jetzt von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen reicht. Die Besserung der deutsch-französischen Beziehungen ist die Grundlage der Gesundung des europäischen Lebens überhaupt. Die Deutschnationalen haben die Meinung vertreten, mit Frankreich sei eine Verständigung überhaupt nicht möglich. Wir aber sind nicht der Auffassung gewesen, daß das Frankreich der Clemenceau und Poincaré das ewige Frankreich sei. Wir glauben, daß man dem anderen Frankreich, dem Frankreich Derriens und Rainleves, ein offenes und wahres Wort sagen kann. Die Taten und die Worte Clemenceaus und Poincarés haben in Deutschland schwere, bittere und böse Empfindungen ausgelöst. Wir wenden uns an das andere, das neue Frankreich und sprechen die Hoffnung aus, daß die deutsch-französischen Beziehungen wieder in einem modernen, freiheitlichen, wahrhaft demokratischen Geiste ausgeglichen werden. In dieser Hoffnung befehrt uns ein Ausruf, der 102 der besten französischen Namen trägt, und in dem die Befestigung des Artikels 231 des Versailler Vertrages verlangt wird, der nach der Meinung der Unterzeichner zu Unrecht Deutschland die Alleinverantwortung am Krieg zuschreibt.

Die Rechte in diesem Hause sollte beachten, daß zu den Unterzeichnern dieses Ausrufs Männer gehören, denen rechtsradikale deutsche Studenten das Leben in Deutschland unmöglich gemacht haben. (Hört, hört! links.) In diesem Zusammenhang richten wir an die Regierung und besonders an ihre deutschnationalen Mitglieder die Frage, warum in ihrem Memorandum die Frage der

#### Kriegsschuldfrage

in keiner Weise erwähnt ist. Wir machen der Regierung daraus keinen Vorwurf, wir meinen, diese Frage muß auf andere Weise gelöst werden. Die Deutschnationalen haben aber doch immer behauptet, jede Regierung, die sich nicht offiziell gegen die Kriegsschuldfrage verweigert, begehe Landesverrat. Sehen sie jetzt endlich ein, welches großes Unrecht sie in dieser Frage den früheren Regierungen zugefügt haben? (Beif. Zustimmung links.)

Wir tragen für das Regierungsmemorandum keinerlei Verantwortung und lehnen jede Verantwortung dafür ab. Wir wissen nicht, ab diese Form der Einleitung der an sich berechtigten Aktion notwendig war, eine Einleitung, die uns leicht neue Fesseln anlegen kann. Das Memorandum spricht den

#### Verzicht auf Elsass-Lothringen

aus. Das ist tief schmerzhaft für uns. Auch wir wollen nicht, daß Elsass-Lothringen wieder zum Kampfbogen zwischen Deutschland und Frankreich wird. Wir haben aber das Recht, zu sagen:

Das Elsass in seiner Kultur und Bevölkerung ist deutsch! (Beif. Beifall.) Wir wollen, daß die deutsch-elssassische Kultur im Elsass erhalten bleibt. Dabei verkennen wir nicht, daß die niedertaktigen Methoden, mit denen die Oberste Heeresleitung im Kriege die Elsass-Lothringer behandelte, uns viele gut deutsche Herzen entfremdet hat. (Sehr wahr! links.) Der Verzicht auf Elsass-Lothringen war vielleicht notwendig; wir fragen aber: Was wäre von den Parteien der Rechten geschehen, wenn eine Regierung Wirt-Rathenau diesen Verzicht ausgesprochen hätte? (Sehr gut! links.) Das Wort vom „Landesverrat“ wäre noch das mindeste gewesen. Nach den früheren Erfahrungen muß man annehmen, daß in einem solchen Falle die Pege der Deutschnationalen so stark gewesen wäre, daß kein Mann der Regierung seines Lebens sicher gewesen wäre. (Beif. Zustimmung l.)

Wir begreifen, daß schwere Opfer notwendig sind; aber man hätte erwarten müssen, daß endlich einer von den Deutschnationalen und von der Deutschen Volkspartei aufgestanden und bekannt hätte: Wir haben den Vätern der früheren Regierungen bitteres Unrecht mit unseren hilflosen Angriffen getan. (Beif. Zustimmung links.) Auch beim Grafen Westarp habe ich dieses Bekenntnis vernommen. Er sprach von der Grenzfrage. Er hätte mit Grafen sagen können: „Wie kommt es einseitig wieder zu uns — und bin nun selbst der Schuldige!“ (Sehr gut und Heiterkeit links.) Ein solches Bekenntnis hätten wir verlangen können, die man allerdings in ihrer Ehre gestützt; denen man bei vaterländischer Gesinnung

abgesprochen hat, weil wir die Politik gemacht haben, die jetzt unsere Schmachher auch treiben müssen.

Wir werden auch als Oppositionspartei nicht die Position des Außenministers dem Ausland gegenüber schwächen. Wenn man von der Opposition Verantwortungsgefühl verlangt, möchte man es ganz besonders von einer Regierungspartei verlangen. Der Außenminister hat scharfe Worte nur gegen den Grafen Reventlow gefunden. Warum nannte er nicht die deutschnationalen Abgeordneten Graf Westarp und Dr. Quack, die in maßloser Weise seine Außenpolitik in Versammlungen bekämpft haben? (Sehr gut! links.)

Die Franzosen, die nach 1871 niemals auf Elsass-Lothringen verzichtet haben, sollten anerkennen, welches großes Opfer für uns ein solcher Verzicht bedeutet. Wenn dieses ungeheure feilische Opfer von uns gebracht wird, dann müssen wir aber auch wissen, daß es nicht umsonst gebracht wird. Wir müssen vorher wissen, daß die Elssass-Rone geräumt ist, und daß in absehbarer Zeit das übrige Rheinland geräumt wird. Die innere Herzlichkeit der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich kann nicht eintreten, solange noch ein französischer Soldat auf deutschem Boden steht. (Beifall.)

Sehr bedenklich erscheint uns in dem geplanten Sicherheitspakt die Bestimmung, daß der Ausschluß der Gewaltanwendung nicht auf die den Versailler Vertrag berührenden Fragen ausgebeht hat. Lloyd George hat mit vollem Recht einen solchen Vertrag als ganz wertlos bezeichnet. Wir sind grundsätzlich für den Eintritt in den Völkerbund, aber er muß zu einem wahren Völkerbund gemacht werden und darf nicht eine Koalition der Westmächte gegen den Osten sein. Wir halten fest an der Politik des Rathollobvertrages. Europa steht jetzt vor dem Scheidewege. Möge es sich von der Gewaltpolitik abwenden und für die Politik der Verständigung entscheiden. (Beif. Beifall links.)

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Bgg.) bespricht die Fragen des Völkerbundes.

Abg. Reich (Bahr. Sp.) erklärt zur Erläuterung in der Sicherheitsfrage. Sie sei so verlausuliert abgefaßt, daß man nur nicht auf den Gedanken kommen soll, die geltenden Verträge könnten abgeändert werden. Bei den weiteren Erörterungen um den Sicherheitspakt müsse unbedingt gefordert werden: Gleichberechtigung Deutschlands und volle Gegenseitigkeit. (Beifall.) Ohne Räumung Kölns könne nicht der Fuß nach Genf gesetzt werden. (Beifall.)

Abg. Graf Reventlow (BöH.) wendet sich gegen die Deutschnationalen. Ueber das Februar-Memorandum gegen das die Deutschnationalen sich wandten, sei man schon weit hinausgegangen. Es habe sich daraus ein Europa beherrschendes Problem entwickelt. Wenn man die ganze Entwicklung überblicke, dann kommen man zu dem Schluß, daß sich die Dinge ganz anders entwickelt haben, als der Außenminister beim Sanjieren des Memorandums es sich dachte. Die Entente zwingt Deutschland jetzt das Gesetz seines Handelns auf. Wie die Damesgesetze, so laufe auch der Sicherheitspakt darauf hinaus, Deutschland unter die

Beherrschung des Konzerns der kapitalistischen Westmächte, einschließlich Amerikas, zu bringen. Dieses Ziel werde den Westmächten erleichtert durch die oberflächliche, leichtfertige Diplomatie des Außenministers, die auch sein Memorandum vom Februar kennzeichnet.

Mit seinen Intentionen gegen meine beschiedene Persönlichkeit hat er einen Luftstoß getan. Es wird ihm nicht gelingen, mich zu diskreditieren. Die Tatsache des Uebersetzungsfehlers beim Londoner Vertrag läßt sich nicht ableugnen. Das französische Entgegenkommen in der Räumungsfrage war nur von der Absicht diktiert, den Sicherheitspakt Deutschland schwachhaft zu machen und den Außenminister Dr. Stresemann im Umte zu erhalten. Entweder man verzichtet auf Elsass-Lothringen oder man verzichtet nicht, einen Mittelweg gibt es nicht.

Wir meinen, diese Regierung hat keinen Schimmer einer Befähigung oder Autorisierung, einen solchen Verzicht auszusprechen angesichts einer tausendjährigen Deutschheit Elsass-Lothringens und einer ebenso langen böllischen Zugehörigkeit zu Deutschland.

#### Entspannung in Marokko.

Paris, 23. Juli. Havas meldet aus Fez Teile der marokkanischen Abilition konzentrierten sich in der Gegend von Taza. Die aus verschiedenen Frontabschnitten heute vormittag eingetroffenen Nachrichten bestätigen, daß in der allgemeinen Lage eine Entspannung eingetreten sei. Marschall Petain habe, wie eines weiteren Meldung aus Fez besagt, Fadas verlassen, um sich nach dem Frontabschnitt von Mogan zu begeben, wo er mit dem aus Fez einrückenden Oberkommandierenden der Marokkotruppen, General Paulin, zusammenzutreffen werde.